

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags viermal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preisnachlass bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 96 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 12, Breite Straße 54.

Die achtgeleitete Komposition über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Fernsprechkosten. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M. einschließlich Fernsprechkosten. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worn-Anzeigen: Das fertige Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sanktionen, Oberschlesien und Orient

Die Direktiven für die auswärtige Politik Frankreichs

Paris, 30. Juni.

Der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten, der am Freitag die Erklärungen des Ministerpräsidenten Blandin entgegennahm, ist gestern nachmittags wiederum zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die laufenden Fragen, die der Ministerpräsident besprochen hatte, nochmals erörtert wurden. Von einer Seite, die dem Kabinett nicht freundlich gesinnt ist, wurden fünf Resolutionen eingebracht, die von den Gegnern derselben als eine Art Ultimatum, das man an die Regierung richte, bezeichnet wurden. Der Vorsitzende des Ausschusses Vergues entgegnete, daß der Ausschuss die Pflicht habe, bevor die Kammer in die Ferien gehe, der Regierung über die auswärtige Lage Direktiven zu geben, und daß, wenn der Ausschuss etwas derartiges tue, er nicht seine Befugnisse überschreite.

Die eingebrachten Resolutionen wurden schließlich angenommen. Die erste betrifft die Sanktionen. In ihr wird erklärt, man nehme Kenntnis von den Erklärungen der Regierung und rechne darauf, daß keine der militärischen oder wirtschaftlichen Sanktionen, die in den Monaten März und April gegenüber Deutschland ergriffen wurden, aufgehoben würden vor der lückenlosen Erfüllung der Verpflichtungen, deretwegen sie erlassen wurden.

Die zweite Resolution beschäftigt sich mit Oberschlesien. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Notwendigkeit hin, in kürzester Frist die oberschlesische Frage gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles zu lösen, die Teilung dieser Provinz nach dem Ergebnis der Volksabstimmung vorzunehmen und auch Rücksicht zu nehmen auf die geographische und wirtschaftliche Lage der Orte.

Die dritte Resolution befaßt sich mit der Orientfrage. In ihr wird erklärt, daß Frankreich der griechischen Regierung unter keinen Umständen direkte oder indirekte finanzielle oder militärische Hilfe leisten könne. Die vierte wendet sich gegen Emir Faisal und seinen Bruder Abdulla. Die fünfte verlangt die Veröffentlichung der Protokolle der Geheimtätigkeiten.

Attentat auf den serbischen Thronfolger

Wien, 30. Juni.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Belgrad: Gestern war die feierliche Eidesleistung des Prinzregenten Alexander auf die am 28. angenommene Verfassung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slawen. Als der Prinzregent Alexander nach der Eidesleistung aus dem Gebäude der Nationalversammlung nach seinem Palais fuhr und im Galawagen das am Bau befindliche neue Gebäude des Ministeriums für öffentliche Arbeiten passierte, war ein Individuum vom Bangerüß herab eine Bombe gegen den Wagen, in welchem neben dem Prinzregenten der Ministerpräsident Pasitsch saß. Die Bombe flog gegen eine Telegraphenstange und explodierte in der Luft. Sprengstoffe flogen gegen den Wagen, ohne jedoch den Prinzregenten oder den Ministerpräsidenten zu verletzen. Dagegen erlitten eine Person schwere und sechs Personen leichte Verletzungen. Der Täter wurde sofort festgenommen. Bei seinem Verhör erklärte er, er habe seiner bolschewikischen Auffassung entsprechend handeln müssen, da er gegen die gesellschaftliche Ordnung des Königreichs kämpfen müsse. Er habe in Rußland in kommunistischen Kreisen verkehrt und sei nach Belgrad gekommen, um den Thronfolger zu töten. Der Täter heißt Stejic. Er ist 29 Jahre alt und in dem jetzt Jugoslawien gehörenden Gebiet von Neusatz zuständig. Er ist im Jahre 1919 aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgeführt. In Belgrad hat die Nachricht von dem mißglückten Attentat überall Erregung und Entrüstung hervorgerufen. Der Thronfolger fuhr mit dem Ministerpräsidenten nachher zu einer Truppeninspektion und wurde bei diesem Anlaß von der Volksmenge kürmlich begrüßt.

Es ist natürlich Unsinn, daß es sich bei dem Attentäter um einen Kommunisten handeln soll. Die Kommunisten verwerfen bekanntlich den individuellen Terror.

Die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Devalera gefährdet

Die gestern gemeldete Einladung des Sinnfeinerführers Devalera an Sir James Craig, den Führer der Unionisten und Ministerpräsidenten von Nordirland zu einer gemeinsamen Besprechung am 4. Juli im Rathaus zu Dublin ist von Craig abgelehnt worden mit dem Hinweis, es sei unmöglich, irgendwelche Zusammenkünfte zu vereinbaren, nachdem er bereits die Einladung Lloyd Georges zu einer Besprechung in London angenommen habe. Ein späterer Bericht aus Dublin besagt, daß vier irische Unionisten die Einladung Devaleras zu einer Besprechung in Dublin am 4. Juli angenommen haben.

Weiter meldet Havas aus Dublin vom 29. Juni: Devalera hat an Sir James Craig ein Telegramm gerichtet, in dem er sein Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß Craig nicht an der Konferenz in Dublin teilnehmen könne. Die politischen Meinungsverschiedenheiten müßten beigelegt werden, und Günstigen auch beigelegt werden, und zwar auf nationalem Boden, was heißt in Irland selbst. Es sei augenscheinlich, daß bei der

Aufnahme der Verhandlungen mit Großbritannien die irische Vertretung nicht in zwei Gruppen gespalten sein dürfe. „Journal“ erfährt aus London, daß Devalera nach der Ablehnung von Sir James Craig, mit ihm zu einer Besprechung zusammenzukommen, es seinerseits abgelehnt hat, nach London zu gehen und die Einladung Lloyd Georges anzunehmen.

Giolitti wieder mit der Kabinettsbildung beauftragt

Rom, 29. Juni. (Stefani.)

Der König empfing Giolitti und forderte ihn, wie die Zeitungen melden, auf, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Giolitti soll sich seine Antwort vorbehalten haben.

Um das englisch-japanische Bündnis

London, 29. Juni.

Die Reichskonferenz trat heute vormittag um 1/2 12 Uhr zur Beratung über den englisch-japanischen Vertrag zusammen. In der gestrigen Sitzung gab Lord Curzon einen Überblick über die Schritte, die für und gegen die Erneuerung des Vertrages unternommen werden könnten. Heute legten die Premier der Dominions, die sich gestern nur andeutungsweise geäußert hatten, die Standpunkte der Kronkolonien deutlich auseinander. Kanada steht dem Vertrage vollkommen feindlich gegenüber. Der Vertreter Kanadas führte aus, daß dieser Vertrag seine Früchte bereits getragen habe und mit der gegenwärtigen internationalen Lage nicht mehr in Einklang stehe. Seine Erneuerung würde nur den Wettbewerb in den Küstungen zur See beschleunigen, womit Kanada sich unmöglich einverstanden erklären kann.

Amerika für Abrüstung

Washington, 30. Juni. (Renter.)

Das Repräsentantenhaus hat mit 340 gegen 4 Stimmen den vom Senator Borah zum Marinetat eingebrachten Antrag angenommen, der den Präsidenten ermächtigt, mit Großbritannien und Japan in Verhandlungen einzutreten, um eine Einschränkung der Flottenrüstungen herbeizuführen.

Neuwahlen in Belgien

Das Wahlprogramm der Sozialisten

Brüssel, 30. Juni.

Die belgische Regierung hat beschlossen, die Kammer endgültig im Oktober d. J. aufzulösen. Die Sozialisten werden auf das bevorstehende Wahlprogramm u. a. sehen: Dienstzeit von sechs Monaten, Staatsbetriebe für Gas und Elektrizität, Nationalisierung der Eisenbahn und eine Steuer auf das Kapital.

Erzberger

Bekanntlich war infolge der Helfferich-Hehe gegen Erzberger ein Verfahren wegen angeblichen Meineids, den dieser bei seiner Vernehmung im Helfferich-Prozess geleistet haben sollte, eingeleitet worden. Das Verfahren ist nun auf Antrag des Generalstaatsanwalts wegen Mangels an Beweisen eingestellt und die Kosten der Staatskasse auferlegt worden.

Damit findet die Verleumdung des deutschnationalen Demagogen ein schmachliches Ende. Zugleich ist die Feststellung aber auch außerordentlich beschämend für das für Helfferich sehr eingenommene Gericht im Helfferich-Prozess, das in seiner Urteilsfeststellung Erzberger absichtliche Verleumdung seiner Eidespflicht vorgeworfen hatte.

Am Mittwoch hat sich auch der Reichsausschuss des Zentrums mit dem Fall Erzberger beschäftigt. Es wurde mit allen gegen eine Stimme bei vier Stimmenthaltungen folgende Entschließung angenommen:

1. Der Reichsausschuss der deutschen Zentrumspartei nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß das Verfahren wegen Verleumdung der Eidespflicht zugunsten des Herrn Erzberger entschieden ist. 2. Erzberger erklärt, daß die Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit von der gesamtpolitischen Lage abhängt. Er legt dabei Wert auf die Feststellung, daß er in seiner politischen Wirksamkeit stets bestrebt sein wird, die Einigkeit innerhalb der Partei und der Fraktion zu pflegen.

Dieser Beschluß bedeutet wohl, daß Erzberger bald wieder aktiv in die Politik eingreifen wird. Der rechte Flügel des Zentrums wird diese Tatsache nicht gerade mit großer Freude begrüßen, obwohl Erzberger das Versprechen geben mußte, die Einigkeit zu pflegen, ein Versprechen, das der Reichsausschuss wohl wegen der scharfen Angriffe Erzbergers gegen Fehrenbach gewünscht hat.

Aus der russischen Handelsvertretung in Berlin. Für die Dauer der Abwesenheit des Leiters der Handelsvertretung der russischen Sowjetrepublik in Berlin, Herrn Stomonjakoff, ist Herr Johannes Sarch mit der Leitung der Geschäfte der Handelsvertretung beauftragt worden.

Wege zur Einheit

Von Josef Ernst

Das Sehnen der deutschen Arbeiterklasse nach Einigkeit wächst täglich. Jeder Genosse, der in einer Arbeiterversammlung der Einigkeit und dem Zusammenschluß das Wort redet, kann sicher sein, stürmischen Beifall zu ernten.

Arbeiter aller Richtungen sehnen die Verständigung herbei, weil sie merken, daß der Bruderkampf die Kräfte des Proletariats splittet und leider zu wenig Zeit läßt, die gemeinsame Front gegen den Feind der Arbeiterklasse, gegen das Bürgertum zu richten. In vielen Fällen hört man in den Versammlungen: Schuld an der Uneinigkeit sind nur die Führer! Deshalb muß über den Kopf derselben hinweg der Zusammenschluß vollzogen werden. Von einem Teil der Feinde der Arbeiterbewegung wird diese Auffassung demagogisch ausgeschlachtet, um im allgemeinen die Führer der Arbeiterbewegung in Mißkredit zu bringen. Die so reden, beurteilen die Sachlage, ihre Ehrlichkeit vorausgesetzt, zu oberflächlich. Sie sehen wohl, daß die Führer der einzelnen Gruppen gegeneinander fechten, übersehen aber, daß dieser angeblich persönliche Kampf in Wirklichkeit aus den grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten entspringt, welche auch die Wegscheidung innerhalb des Proletariats bedingt haben. Deshalb wird auch der Weg zur politischen Einheit nicht geöffnet, indem man über die Köpfe der Führer hinweg die organisatorische Einheit vollzieht, sondern nur dann kann die Einheitsfront geschlossen werden, wenn die geistige Plattform für den proletarischen Einheitskampf gefunden ist.

Die grundsätzliche politische Einheit der deutschen Arbeiterbewegung ist auf dem Marsch, und wenn die politische Entwicklung der letzten Monate in Preußen und Deutschland nicht täuscht, wird die deutsche Reaktion sehr bald dem alten Goethewort von der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft, einmal mehr zur Wahrheit verbleiben. Schon eine kurze Betrachtung der politischen Vorgänge der jüngsten Zeit bestätigt dies.

Die Kommunisten als angeblich linker Flügel der Arbeiterbewegung haben seit Halle vollständig bankrott gemacht. Der Versuch, auf den Rücken der U. S. P. D.-Organisation zu einer großen kommunistischen Arbeiterorganisation zu kommen, ist kläglich gescheitert. Der Putz in Mitteldeutschland, die letzten Krawalle vor dem Gewerkschaftshaus in Berlin und nicht zuletzt die Holz-Demonstrationen haben die Kommunisten um den letzten Rest ihres Ansehens innerhalb der organisierten Arbeiterschaft gebracht. Ihr offenes Eintreten für die Unorganisierten, ihre Aufforderung, den Unorganisierten gleiche Rechte wie den Gewerkschaftlern einzuräumen, muß sie innerhalb der organisierten Arbeiterschaft unmöglich machen. Da sie mit geistigen Waffen nichts mehr erreichen können, appellieren sie auch den Arbeitern gegenüber an die rohe Gewalt und scheuen sich nicht, unorganisierte Arbeitslose zum Sturm gegen die Gewerkschaftshäuser zu begehnen. Es sind die letzten Zustände eines Sterbenden. In Zukunft stellen die Kommunisten bestenfalls noch eine Sekte, aber keine Partei der Masse mehr dar. Auch der Goldstrom von Moskau wird sie unmöglich dazu erheben können. Dieser Vorgang innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ist eine Etappe auf dem Wege zur Einheit.

Der rechte Flügel der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, macht zur Zeit auch eine Krise durch, die auch hier sehr bald eine klare Entscheidung herbeiführen wird.

Mit ihrer Koalitionspolitik erleidet diese Partei zur Zeit vollständig Schiffbruch. Alle ihre Voraussagen, alle ihre Behauptungen der letzten Jahre über den Wert von Koalitionsregierungen, erweisen sich als falsch. Die deutsche Republik ist seit den Tagen der Koalition ständig tiefer in den reaktionären Sumpf geraten, und daß wir heute noch nicht wieder Monarchie sind, verdanken wir alles anderem als etwa der geschickten Taktik der Rechtssozialisten. Im Gegenteil: gegen die Rechtssozialisten, durch die revolutionäre Erhebung des Proletariats in den Kapptagen und nicht zuletzt durch die Furcht vor der Entente sind wir in Deutschland vor dem Neufürsten bewahrt geblieben.

Der Bankrott der rechtssozialistischen Politik ist in den letzten Wochen besonders augenfällig geworden. Stets haben die Rechtssozialisten behauptet, daß man in Deutschland mit dem demokratischen Bürgertum eine Wegstrecke marschieren könne. Die Regierungsumbildung in Preußen hat aber schlagend bewiesen, daß nicht nur in Bayern, sondern auch in Preußen ein demokratisches Bürgertum überhaupt nicht vorhanden ist. Genau wie in Bayern hat die äußerste bürgerliche Linke, die Demokratische Partei, im ganzen Reich einen so reaktionären Charakter, daß diese Partei sich nur durch ihr Lippenbekenntnis zur Republik von den deutsch-nationalen unterscheidet. Ich betone ausdrücklich „Lippenbekenntnis“, da die Demokraten im Notfall bestimmt auch die Republik preisgeben würden. Die Vorgänge im Reich zeigen es klar. Einige demokratische weisse Raben sind ohne Einfluß auf die Taktik dieser Partei.

In ihrer Taktik im Parlament unterscheiden sich die Demokraten in keiner Weise von der Deutschen Volkspartei. In allen Fragen sind sie mit Stimmes ein Herz und eine Seele. Diese Vorgänge beweisen, daß das deutsche Bürgertum politisch vollständig unreif ist. Es bewegt sich noch in

den Gedanken, die im absoluten Staat Wilhelms üblich waren und ist daher für eine sozialistische Partei vollständig bündnisfähig. Dies selbst dann, wenn man mit ihr im Gegenwartsstaat nur eine Wegstrecke zur Ausgestaltung der demokratischen Grundrechte im neuen Deutschland gehen wollte. Trotz heißer Bemühungen bleiben die Rechtssozialisten in Preußen ausgeschaltet und werden genau wie die unabhängige Sozialdemokratie in Oppositionsstellung gedrängt, weil letzten Endes auch das größte politische Weichtier nicht alle politischen Stufen hinnehmen kann. Für die Rechtssozialisten heißt es heute: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“.

Die nächste Zukunft wird auch im Reich, trotz Wirth, dieselbe Entwicklung bringen. Die bürgerlichen Parteien sind in den letzten Tagen trotz sozialistisch-demokratischer Ehe bei wichtigen Fragen als einheitlicher reaktionärer Block aufgetreten. Bei Wiederholungen, die sicher nicht ausbleiben, wird sich auch die rechtssozialistische Partei vor die Entscheidung gestellt sehen, ob sie noch weiter nach rechts abrücken und mit der Deutschen Volkspartei ein Bündnis eingehen will, oder ob sie, wie in Preußen, in Oppositionsstellung rückt. Die Entscheidung über die kommenden Steuern, über die Durchführung des Ultimatums, wird diese Beschlüsse beschleunigen.

Kommt es zur Koalition der Rechtssozialisten mit der Deutschen Volkspartei, so wird die große Masse der Arbeiter und kleinen Beamten, die heute noch im rechtssozialistischen Lager stehen, auf die Dauer nicht folgen. Sie werden den reaktionären Kurs nicht mitmachen, auch wenn er von der rechtssozialistischen Partei gedeckt und durch gut ausgebauten Organisationen und Presse gestützt wird. Auf die Dauer wird man gegen den gesunden proletarischen Instinkt der Massen nicht regieren können. Große Kreise dieser Partei werden zurückfluten und die U. S. P. D. kann das große Reservoir sein, das die Massen der Kopf- und Handarbeiter aufnimmt. Auch diese Entwicklung würde die Einheitsfront der Arbeiterklasse vorbereiten.

Sollten aber die Rechtssozialisten, durch die Vergangenheit befehrt, auf die unselbige Ehe zwischen Reaktion und Demokratie verzichten, so werden sie, ob sie wollen oder nicht, in die schärfste Opposition gedrängt werden. Die Reaktion wird nie auf halbem Wege stehen bleiben. Was sie in den letzten Jahren unter Aufsicht der Rechtssozialisten vorbereitete, wird sie zu vollenden suchen. Sie will ihre Ernte in die Scheuern bringen. Kommt es zu dieser Kampfstellung, so werden sehr bald die lauen Elemente den Rechtssozialisten den Rücken kehren, und der einheitliche Kampf der U. S. P. D. und der Rechtssozialisten gegen die Reaktion wird dem Gedanken der Einheit günstig sein. Die U. S. P. D. kann dem deutschen Proletariat nicht mehr dienen, als wenn sie in nächster Zukunft durch zielklare Politik im Parlament und durch geschicktes taktisches Vorgehen dieser Entwicklung vorwärts hilft. Je schneller die Dinge zur Entscheidung reifen, um so schneller wird die Einigkeit des Proletariats hergestellt. Der Tag der Einheit wird der Tag des Sieges sein.

Die Blüte der Menschheit

Studenten machen Kinder betrunken

In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir folgende charakteristische Geschichte:

„Faspartien“, nicht zu verwechseln mit Faspartien, sind eine traditionelle Einrichtung der Marburger studentischen Korporationen, vermöge welcher sie zeitweise unter Vorantritt einer Musikkapelle Umzüge in die Umgebung der Stadt veranstalten, von denen man abends in mehr oder auch weniger nüchternem Zustande zurückkehrt. Eine solche Faspartie, die kürzlich unternommen wurde, hat folgende Erklärung des Jugendbrings Marburg hervorgerufen:

„Bei einer der letzten Faspartien wurden nachweislich mit tausende Kinder betrunken gemacht. Die unterzeichnete Jugend steht in diesem Verhalten einzelner Studenten eine bedauerliche Verkennung des bitteren Ernstes unserer Zeit. Sie hält es für die Aufgabe gerade des Akademikers, durch seine Lebensführung zu beweisen, daß die deutsche Jugend die schwere Verantwortung fühlt, die ihr vom Schicksal zu tragen bestimmt ist.“

Die Welt des Films

4. Was geht uns das Kino an?

Von Hans Sienjen

„Was geht uns das Kino an? Was geht einen ernstlichen Menschen das Kino an?“

Diese verächtliche Frage war vor etwa zehn Jahren noch ganz allgemein und sie ist auch heute noch oft genug zu hören. Die einzig richtige Antwort aber lautet:

„Sehr viel!“ Gerade den ersten, den politischen Menschen geht das Kino sehr viel an. Politisch möchte ich jeden Menschen nennen, dem die Aenderung oder ganz banal gesagt: die Besserung der Welt am Herzen liegt, der dafür lebt und arbeitet. Sein Interesse muß sich notwendigerweise auf jene Einrichtungen und Mittel zuwenden, die geeignet sind, die Welt und die Menschen zu ändern, auf sie einzuwirken, sie zu beeinflussen, zu bilden, zu erziehen. Die wichtigsten dieser Mittel sind: die Schule, die Kirche, die Kaserne, die Presse (von der Zeitung bis zum Buch) — und auch das Kino gehört zu diesen Mitteln.

In Deutschland gehen täglich viele hunderttausende, auf der ganzen Welt geht täglich viele Millionen Menschen ins Kino. Diese Tatsache allein sollte genügen, die Wichtigkeit des Kinos zu beweisen. Denn auf diese Millionen Menschen wirkt das Kino doch irgendwie ein, es beschäftigt und bestimmt und ändert allmählich ihre Gedanken, ihre Gefühle. Es ist gewiß nicht allmählich, ob diese Millionen von Menschen im Kino hübsche Bilder und gute Ideen oder häßliche Bilder und gemeine Dinge finden. Wir haben also alle Ursache, uns sehr energisch um das Kino zu kümmern.

Aber es gibt fanatische Kinogegner. Die fallen uns in den Arm und sagen: „Es hat gar keinen Zweck, sich um das Kino zu kümmern; es ist einfach von Grund auf schlecht; es gibt überhaupt keine guten Filme und kann auch keine geben.“

Aber diese Kinogegner sind töricht. Die ganze Kinomatographie in Grund und Boden zu verdammen, das ist etwa ebenso geistreich, als wollte man die Erfindung der Buchdruckerkunst deshalb verdammen, weil man mit ihrer Hilfe nicht nur gute, sondern auch schlechte, miserable, gemeine Bücher drucken und verbreiten kann. Und die fanatischen Kinogegner spielen dieselbe lächerliche Rolle, wie im Mittelalter die Mönche und Pfaffen, die die Buchdruckerkunst als Teufelskunst verdammt und sich vor ihr bekrenzt. Genau wie durch die Buchdruckerpresse, so kann man auch durch die Kinematographie gute und schlechte Ideen verbreiten.

Und wenn die Ideen und Gedanken, die man durch das Filmbild verbreiten kann, auch wohl nicht so tief, so fern, so entwickelt sein können, wie die eines Buches, so steht diesem Nachteil ein

Nun ist der „Jugendring“ keineswegs eine sozialdemokratische Erfindung, sondern die Zusammenfassung aller Jugendverbände, von der kommunistischen Jugend Marburgs bis zum Bibelkreis für Schüler höherer Lehranstalten. Die Klaffenden jener Kauf- und Kaufstudenten sind sogar im „Jugendring“ weit härter vertreten, als die proletarischen Jugendverbände. Es ist gut, daß sie einmal in einem besonders drastischen Falle einsehen und zugeben mußten, wie die Ethik der Kreise beschaffen ist, aus denen sich einst die Stützen von Thron und Altar ausschließlich rekrutierten. Es wäre eine Verleumdung für den in der Reichspresse täglich auftauchenden „kleinen Partei- und Gewerkschaftssekretär“, der sich hin und wieder in Berwaltschaften vorfindet, wollte man auch nur einen Augenblick an einen Vergleich mit diesen geborenen Staatsstrippenpflanzlingen denken. Obwohl ein solcher Vergleich nahelegen würde, weil dieser Kreis von Kofflingen stets als die Blüte der Menschheit und als Vorbild der Beamten hingestellt wird.

Rückerstattung der zuviel gezahlten Steuern

Eine wichtige Antwort des Reichsfinanzministers

Auf eine von dem Abg. Keil im Reichstage gestellte Anfrage hat der Reichsfinanzminister jetzt folgende bedeutende Antwort erteilt:

Nach § 48 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes hat das Finanzamt in den Fällen, in denen der Wert der gemäß § 48 Abs. 1 des genannten Gesetzes von einem Arbeitnehmer zum Zwecke der Entziehung der Einkommensteuer hingegebenen Steuermarken den zu zahlenden Steuerbetrag übersteigt, den überschüssigen Betrag dem Steuerpflichtigen sofort nach der endgültigen Veranlagung in bar zu erstatten. In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn die durch Abzug vom Arbeitslohn einbehaltenen Beträge nicht durch Verwendung von Steuermarken, sondern durch unmittelbare Einzahlung an die Reichskasse abgeführt worden sind. Demgemäß werden die im Rechnungsjahr 1920 durch den Steuerabzug vom Arbeitslohn zuviel einbehaltenen Beträge sofort nach erfolgter endgültiger Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 dem Steuerpflichtigen in bar erstattet werden.

Die endgültige Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 ist zur Zeit in vollem Gange und soll mit möglichst Beschleunigung durchgeführt werden, damit insbesondere auch den Steuerpflichtigen, die — sei es in Form des Steuerabzugs, sei es durch unmittelbare Entziehung der vorläufigen Einkommensteuer — mehr an vorläufiger Einkommensteuer entrichtet haben, als ihre endgültige Steuer schuld beträgt, möglichst bald der zuviel einbehaltene Betrag zurückerstattet werden kann. Diese von der Reichsfinanzverwaltung gewollte rasche Durchführung der Einkommensteueranlagung für das Rechnungsjahr 1920 ist nur möglich, wenn alle weiteren Störungen vermieden werden. Zu einer solchen Störung könnte aber eine Anweisung führen, nach der zunächst nur die Steuerpflichtigen zu veranlagten sind, denen infolge eines zu hohen Steuerabzugs vom Arbeitslohn Einkommensteuer zurückerstattet ist. Denn diese Steuerpflichtigen sind den Finanzämtern regelmäßig nicht ohne weiteres bekannt; es wäre vielmehr notwendig, den Steuerpflichtigen, die Anspruch auf Rückerstattung glauben zu erheben zu können, die Stellung eines entsprechenden Antrags zuzugestehen; dies würde ohne weiteres zur Folge haben, daß zahlreiche Steuerpflichtige, bei denen eine Rückerstattung nicht in Frage kommt, gleichfalls diesen Antrag stellen und eine beschleunigte Veranlagung verlangen würden. Hierdurch würde aber die ordnungsmäßige und rasche Durchführung sämtlicher Steuerpflichtigen und insbesondere auch der Steuerpflichtigen mit nicht aus Arbeitslohn bestehenden Einkommen nur gefährdet werden. Deshalb glaube ich, davon absehen zu sollen, eine Anordnung in dem in der Anfrage gewünschten Sinne zu treffen.

Dagegen habe ich die Finanzämter anzuweisen lassen, ausnahmsweise in den Fällen, in denen es sich um besonders bedürftige, in Not befindliche Steuerpflichtige handelt und sich aus der verzögerten Rückzahlung der zuviel einbehaltenen Beträge besonders schwere Härten ergeben, auf Antrag des Steuerpflichtigen dessen Veranlagung vorweg durchzuführen, soweit dies ohne nennenswerte Verzögerung der übrigen Veranlagung möglich ist.

Hoffentlich handeln alle Finanzämter, besonders die noch sehr rückständigen Finanzämter in Berlin, nach dieser Anweisung.

Eisenbahnunglück bei Lunenburg. Mittwoch morgen ist ein französischer Truppentransportzug aus den Rheinlanden mit einem Zug, der bei Lunenburg rangierte, zusammengefallen. Drei Soldaten wurden getötet und 17 verwundet, drei davon schwer. Die Gleise waren mehrere Stunden lang gesperrt.

Vorzug des Films gegenüber, den das Buch nicht hat: Der Film ist international; er wird vom Franzosen so gut wie vom Deutschen, vom Eskimo, wie vom Chinesen verstanden. Und noch eine Tatsache, die mir sehr wichtig erscheint: der Film kommt an die geistig Armen und Ärmsten heran, an die, die nie ein Buch und selten eine Zeitung lesen. Ins Kino gehen sie doch. Ein Grund mehr für uns, den Kampf um das Kino aufzunehmen, damit es nicht im Dienst der Geschmacklosigkeit, der Profitgier und der üblen Instinkte sein Millionenpublikum verdient und dumm macht, sondern im Dienste guter Ideen und anständiger Gesinnung seinen Teil beiträgt zur Aufklärung, Aenderung, Besserung der Welt.

Das geht natürlich nicht von heute auf morgen. Einsteilen ist das Kino im allgemeinen noch sehr weit davon entfernt, zur „Besserung der Welt“ beizutragen. Und wir wollen trotz sein, wenn wir es soweit haben, daß es nicht geradezu schädlich wirkt. Was müssen wir tun, um das zu erreichen?

Der Werdegang eines Films — das ist eine lange Geschichte. Er durchläuft gar viel Instanzen, bis er endlich vor die Augen des Publikums gelangt. Ich will nicht von den technischen Instanzen reden, die den Film äußerlich herstellen, aufnehmen, entwickeln, beschneiden, kleben und vorführen, sondern von denen, die auf den Inhalt, auf den Geist des Films Einfluß haben. Der Schriftsteller hat die Idee, baut die Handlung eines Filmdramas auf, schreibt das Manuskript. Der Regisseur sucht nach diesem Manuskript die passenden Schauspieler zusammen, teilt ihnen ihre Rollen zu, bespricht mit ihnen die Art, das Tempo, die Grenzen ihres Spiels, er sucht den passenden Schauplatz für die Handlung, baut die notwendigen Szenarien auf usw. usw. Der Schauspieler endlich gibt den erdichteten Figuren des Manuskripts Blut und Leben. Diese drei: Schriftsteller, Regisseur und Schauspieler (die sich nicht selten, und fast immer zum Vorteil des Films, in einer Person vereinigen) sollten, wenn nicht die einzigen, so doch die Instanzen sein, die den Haupteinfluß auf den geistigen Inhalt des Films haben. Leider ist das durchaus nicht der Fall. Den Haupteinfluß haben nicht die, die das meiste Verständnis haben, sondern die, die das meiste Geld haben. Das heißt: die Besitzer, Aktionäre und Direktoren der Filmfabriken, und da das noch nicht genug ist, die Filmverleiher, die den fertigen Film aufkaufen und an die Kinos weiterleihen. Diese Filmverleiher sind die mächtigsten Leute der Filmindustrie. Von ihnen hängt es ab, ob ein Film verkauft wird oder nicht, nach ihren Wünschen müssen sich die Fabriken, die Regisseure, die Schauspieler, die Schriftsteller richten. Sie (und die Fabrikdirektoren) bestimmen den geistigen Inhalt des Films. Und was sind das für Leute? Was gibt

Aus dem Kasperletheater

Die kommunistische Partei mit der „Roten Fahne“ und dem kleinen Walter Stoeder an der Spitze, verfolgt drei Basolen, täglich! Erstens: den Kampf zur Förderung der Weltrevolution. Das geschieht gewöhnlich mit den fettesten Letztern. Zweitens: den Kampf für das Weitertreiben der deutschen Revolution. Auch noch ziemlich fett, aber gerichtet gegen die Gewerkschaften und anderen Arbeiterparteien. Drittens: den Kampf gegen die eigenen Parteigenossen und zur Zerstörung der eigenen Partei.

Er allein ist der Rede wert; denn er allein hat Erfolg, was dadurch zu erklären ist, daß bei ihm die bekannten Moskauer 21 Bedingungen unmittelbar zur Wirkung gebracht werden, sofern sie die Reinigung vorzählen und den Ausschluß „menschenwürdiger Elemente“ durch geheime Regengerichte einer allmächtigen Konzentration zur Pflicht machen.

Dieser Kampf fördert die „rote Fahne“ mit der ganzen Wucht ihres schmutzigen Papiers. Sie tut es vorwiegend, indem sie in ihren Provinzablegern Zustimmungserklärungen zu allen Maßnahmen der Zentrale veröffentlicht, die sie dann haufenweise abdruckt. Im Eifer vergißt sie aber, gegenteilige Äußerungen der kommunistischen Provinzpresse zu bringen, die zwar spärlich sind, aber immerhin vorkommen, wie eine Aeußerung der „Bergischen Volksstimme“ zeigt.

Das Blatt berichtet über die Aktion der Zentrale gegen Däumig, Döwck, Geyer usw., weil diese eine Anfrage Leois im Reichstag mitunterzeichnet haben. Die „rote Fahne“ hatte dazu geschrieben, es sei ein unerhörtes Vorgehen, wenn Mitglieder der Reichstagsfraktion auf solche Art „in herausfordernder Absicht die Beschlüsse der Partei mit Füßen treten“.

Die „Bergische Volksstimme“ bemerkt nun dazu, daß die Herausforderung in diesem Fall bei der „Roten Fahne“ liege, denn der für diese Aktion benutzte Vorgang bedeutet lediglich einen Akt einfaßten parlamentarischen Anstands. Dann schreibt das Blatt:

Haben denn Zentrale und Zentralorgan gar kein Verständnis dafür, wie derartige endlose Stänkereien auf die Genossen draußen im Lande wirken? Wir wollen die Einheitsfront des Proletariats auf der Grundlage der Vereinigten Kommunistischen Partei. Glaubt man denn mit einem derartigen Vorgehen den Boden zu bereiten, und die Grundlage zu verbreitern, auf der sich diese Einigung vollziehen kann? Wir können den Instanzen verraten, daß die Massen anders denken und daß sie die ewige Verunreinigung der Organisation mit dergleichen Spaltzerstörereien satt haben.“

So geht es in der Kritik der „Bergischen Volksstimme“ noch eine Weile weiter. Sie hat ja recht — aber sie ist doch merkwürdig naiv. Wie kann sie von der Zentrale und vom Zentralorgan Verständnis erwarten — für irgendwas, und nun sogar für parlamentarischen Anstand. Oder für Anstand überhaupt. . . .

Die Streikfrise in England

London, 29. Juni.

Die Abstimmung des Maschinenbauer-Verbandes über die Vorschläge der Unternehmer bezüglich der Herabsetzung der Löhne ergab 257 532 Stimmen gegen und nur 125 014 Stimmen für die Annahme der Vorschläge der Unternehmer. Der Vorsitzende des Verbandes erklärte jedoch, er hoffe, daß trotzdem eine für beide Teile befriedigende Lösung gefunden werden würde. Nach längeren Verhandlungen wurde ein vorläufiges Abkommen erzielt.

Aus der Partei

„Haltet den Dieb.“ Nach dieser bewährten Methode faßt die Zentrale der zerfallenden U. S. P. D. von Zeit zu Zeit von einer „Krise in der U. S. P. D.“ und wünscht darüber von der „Freiheit“ unterrichtet zu werden. Das kann nicht geschehen, da eine solche Krise nicht existiert. Die Partei war kaum jemals geschlossen und einiger als jetzt. Aber eines wollen wir der „Roten Fahne“ verraten: Genosse Rosenfeld arbeitet fröhlich an der „Freiheit“ mit, wenn er auch nicht immer alles zeichnet. Die Hoffnungen auf persönliche Verhehlung sollten doch die Rindsköpfe endlich aufgeben.

Der ehemalige amerikanische Präsident Taft ist nach einer Meldung des „Exchange Telegraph“ aus Washington, zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofes ernannt worden.

ihnen die Berechtigung zu so enormem Einfluß? Nichts als ihr Geld. Diese Herrschaften sind in der Regel so ungebildet, so geschmacklos, so untalentierte, daß man sich kaum einen Begriff davon machen kann. Sie handeln mit Filmen, wie sie vorher mit alten Kleibern, lauren Heringen oder Altphotographien gehandelt haben. Ihr geistiges und künstlerisches Niveau steht tief unter dem Durchschnitt des letzten, armseligen Kinopublikums. Und diese Leute haben (mit Hilfe des Kinos) einen Einfluß, der fast so groß ist, wie der der Tagespresse und größer, als der der Kirche.

Wer irgendetwas wesentliches am Geist des Kinos ändern will, der müßte erst mal diese Leute ausschalten. Ihr Einfluß ist nicht mehr so allherrschend wie vor einigen Jahren: die großen Filmkongresse und Trusts haben ihre eigenen Verleihinstitute, und nicht zum wenigsten dadurch ist das Niveau des Kinos tatsächlich ein wenig besser geworden in den letzten Jahren. Ganz ist der Einfluß ungebildeter und übler Schieber aber durchaus noch nicht beseitigt. Radikal und endgültig würde das geschehen, wenn man die ganze Kinoindustrie sozialisierte. Dadurch würde nicht nur der verderbliche Einfluß der ungebildeten Filmverleiher und Zwischenhändler ausgeschaltet, sondern auch der der Direktoren und Aktionäre, der Einfluß all derer, für die der Film kein Bildungs- und Kulturmittel ist, sondern ein Mittel des Geldverdienens und der Ausbeutung, kurz: der Einfluß des Kapitals würde mit einem Schlage ausgeschaltet. Und rein äußerlich betrachtet die Sozialisierung der Kinoindustrie gar nicht einmal so schwierig sein, da sie selbst durch Bildung großer Trusts und Konzerne die Sozialisierung (natürlich wider Willen) schon vorbereitet. Trotzdem aber erscheint, auch für einen Sozialisten, die Sozialisierung der Kinoindustrie ohne weiteres nicht wünschenswert, und zwar deshalb nicht, weil wir noch keinen „sozialisierten“ Staat haben. Solange wir den nicht haben, würde nämlich die Sozialisierung der Kinoindustrie nicht viel was anderes als Verfaulung bedeuten. Wichtigstens in ihren Wirkungen. An die Stelle der Direktoren und Besitzer, die jetzt im Reich des Films regieren, würden Beamte und Geheime treten. Und ob das, vor allem da nun die zu Anstrengungen anspornende Konkurrenz fehlen würde, ob das das Kino amüsant, lebendiger, geschmackvoller und geistig wertvoller machen würde, wage ich zu bezweifeln. Die Beamten, die wir gewohnt sind, scheinen mir nicht geeignet, den Geist des Kinos zu wirklichem Fortschritt anzuregen. Von diesen geistigen Wirkungen einer Film-Sozialisierung spreche ich hier, nicht von den wirtschaftlichen Folgen, die gewiß mehr und auch heute schon im sozialistischen Interesse liegen. Da aber die geistige Bedeutung des Kinos (als Bildungs- und Kulturmittel, als Mittel zur Verbreitung von Ideen) für den politischen Menschen, also auch für den Sozialisten wichtiger ist als die wirtschaftliche Bedeutung, so erscheint uns, die wir auch nicht für die Sozialisierung, sondern für die Freiheit der Presse eintreten, die

Die Schlichtungsordnung

Es wird immer schöner

Es stellt sich jetzt heraus, daß wir in unserem Leitartikel in der Morgenausgabe vom Donnerstag die neue Fassung, die die Schlichtungsordnung unter Zustimmung der Arbeitervertreter erhalten hat, noch viel zu milde beurteilt haben. Paul Umbreit veröffentlicht im „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ einen Artikel, in dem er die wichtigsten Punkte der neuen Formulierung bespricht. Es ist demnach nicht so, daß die im Entwurf enthaltenen verschärften Zwangsbestimmungen für Arbeitsstreitigkeiten in gemeinnützigen Betrieben einfach gestrichen worden sind, sondern man hat sie — mit einer Milderung — auf alle Arbeitsstreitigkeiten übernommen.

Nach dem Entwurf sollte bei Gesamtarbeitsverträgen in gemeinnützigen Betrieben vor Beginn der Ausfertigung oder ArbeitsEinstellung diese in einer geheimen Abschrift mit Zweidrittelmehrheit beschloffen werden und ferner sollte zwischen der Verkündung des Schiedsspruches und dem Beginn des Kampfes mindestens eine Woche vergangen sein. Das galt nach dem Entwurf nur für die gemeinnützigen Betriebe, nicht für die übrige Industrie. Ferner war dem Entwurf eine Liste der abgeordneten Betriebe beigelegt.

Diese Liste sollte beseitigt werden, und sie ist in der Tat durch den sozialpolitischen Ausschuss gestrichen worden. Dazu schreibt Umbreit:

„Es ist nun durch ein Kompromiß im Arbeitsauschuss wie im Sozialpolitischen Ausschuss gelungen, diese Liste der gemeinnützigen Betriebe zu beseitigen, und zwar dadurch, daß man die Abstimmsvorschrift für alle Gesamtarbeitsverträge übernahm und dafür die einwöchige Frist vor Beginn der Kampfhandlung auf drei Tage kürzte. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter haben sich mit dieser Lösung einverstanden erklärt.“

Das heißt also, daß auf Grund gesetzlicher Bestimmungen jedem Lohnkämpfe eine geheime Abstimmung vorausgehen muß, und daß nur gestreift werden darf, wenn in dieser geheimen Abstimmung der Streik mit Zweidrittelmehrheit beschloffen wird. Ferner muß zwischen der Verkündung des Schiedsspruches und dem Beginn der Kampfhandlung in jedem Fall eine Frist von drei Tagen liegen.

Umbreit rechtfertigt die Zustimmung der Arbeitervertreter zu dieser nach unserer Auffassung ungeheuerlichen Zwangsbestimmung damit, daß es stets Grundsatz der Gewerkschaften gewesen sei, jeder Arbeitseinstellung eine geordnete Verhandlung vorausgehen zu lassen und erst alle Möglichkeiten der friedlichen Beilegung zu erschöpfen, ehe zum Mittel des Streiks gegriffen wird. Was dazu zu sagen ist, haben wir bereits am Dienstag gesagt. Zum Schluß seiner Ausführungen bringt Umbreit jedoch eine weitere Rechtfertigung dieser Haltung vor, indem er schreibt:

„Dem Zwang, den das Gesetz bringt, müssen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen unterwerfen, denn ohne Unterordnung unter das Gesetz der allgemeinen Wohlfahrt kann keine organisierte Wirtschaft, am allerwenigsten eine sozialistische Ordnung gedeihen!“

Wir müssen gestehen, daß wir erstaunt sind, diese naive Vorstellung von einem Manne wie Umbreit vertreten zu sehen. Er meint „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ seien dem Zwang, den das Gesetz bringt, gleichermaßen unterworfen. Nun möchten wir Paul Umbreit bitten, uns zu sagen, wie etwa die Leitung eines großen Industriebetriebs, das Tausende von Arbeitern beschäftigt und in der Lage ist, Tausende von Arbeitern auszusperren, die im Gesetz vorgeschriebene Abstimmung, die vor der Kampfmaßnahme stattfinden soll, vornehmen wird. Hier entscheidet doch letzten Endes ein Einzeler. Wie soll er „abstimmen“, wie soll er zu der vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit kommen? Soll er sein Inneres und sein Gewissen, mit dem er vor der Entscheidung, wie wir zu seinem Vorteil annehmen wollen, ernsthaft zu Rate gehen wird, in drei Teile zerlegen, um dahinter zu kommen, ob etwa zwei Drittel seiner Erwägungen für die Aussperrung sprechen und sich nur ein Drittel dagegen wendet? Soll er im stillen Kämmerlein zu seinem Gott beten, damit er ihm die Er-

leuchtung eingebe, nach der er handeln muß, um nicht mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten?

Diese Fragen enthüllen noch unserer bescheidenen Meinung den ganzen Unsinn dieser Bestimmung. Sie zeigen, daß die Arbeiterorganisationen von so „gerecht“ klingenden, für Unternehmer und Arbeiter gleichermaßen geltenden Bestimmungen stets schwerer getroffen werden, als die Unternehmer. Es ist ein törichter Aberglaube, daß man zu einer Gerechtigkeit gelangt, indem man bei einem Zwangsverfahren solcher Art, Unternehmer und Arbeiterverbände mit dem gleichen Maße mißt. Ueber diese Anwendung des Prinzips der Parität, der in solcher Steigerung zum Himmel entzweit, haben wir uns bereits früher mehrfach ausgesprochen.

Zum Ueberflus heißt der Gott des Kapitalisten, von dem wir oben sprachen, Profit. Solange das der Fall ist, solange sich das Unternehmertum bei seinen Entscheidungen über die Kampfmaßnahmen im sozialen Krieg nur von ihrem einseitig und individualistisch verstandenen Profitinteresse leiten lassen, ist es unmöglich, in diesen Angelegenheiten den Begriff der „allgemeinen Wohlfahrt“ zu verwenden. Die soziale Bestimmung, die eine solche allgemeine Wohlfahrt zum Ziele haben, werden die Opfer für die allgemeine Wohlfahrt stets einseitig der Arbeiterklasse auferlegen und dem Unternehmer dennoch völlig freies Spiel gewähren.

Die Erschießung von Gefangenen vor dem Reichsgericht

2. Verhandlungstag.

Nach dem Aufruf der für heute geladenen Zeugen teilt der Präsident mit, daß der französische Zeuge Dr. Wenger aus Dornach i. E. nicht erschienen ist. Er bedauere dies, da gerade der Aussage dieses Zeugen besonderes Gewicht beigelegt werde. Es wird hierauf in der Zeugenernehmung fortgefahren.

Der französische Zeuge, Tagelöhner Josef Dietrich aus Tagendorf i. E., der der ersten Kompagnie des Inf. Regt. 112 angehört, gibt an, er habe am 21. August von dem fraglichen Befehle nichts gehört, wisse auch nichts davon, daß Gefangene getötet worden seien. Am 26. August dagegen habe er gehört, daß General Stenger befohlen habe, keine Gefangene zu machen. Daß der General auch gesagt hätte, Verwundete seien zu erschließen, in welcher Form der angeführte Befehl dann durch die Schützenlinie der Kompagnie hindurchgegeben worden sei, habe er nicht gehört. Der Zeuge will auch nicht gesehen haben, daß Franzosen von den Bäumen herabschossen. Ob General Stenger seine Worte an herumstehende Soldaten oder an den damaligen Oberleutnant Neubauer gerichtet habe, wisse er nicht.

Generalmajor Neubauer bestritt erneut, den Befehl gehört und weitergegeben zu haben.

Oberrechnungsmeister Kleinhaus aus Mülhausen i. E., der seiner Fahnenflucht geworden ist, schildert die Ereignisse vom 20. bis 26. August in der bekannten Weise. Am letzten Tage sei auf dem Marsche der Befehl gegeben worden, daß Gefangene nicht gemacht werden sollten.

Sie seien, ob verwundet oder untermundet, zu erschließen.

Er, Zeuge, habe sich geweigert, diesen Befehl auszuführen, der gegen die Menschlichkeit verstohe. Der Zeuge erzählt dann weiter, daß ein Sergeant, der drei Franzosen gefangen genommen hatte, von General Stenger mit den Worten angeredet worden sei: Haben Sie denn keine Kenntnis von meinem Befehl? warum haben Sie ihn denn nicht auszuführen? Der Sergeant habe dann den Rückmarsch mit den Gefangenen auf Anordnung des Generals fortgesetzt. Stenger habe gesagt: Was soll ich mit den Kerls machen? Von meinen Leuten kann ich sie doch nicht erschließen lassen. Einige Zeit später habe der Angeklagte einen Offizier auf einem Fohrtade zurückgeschickt. Bald darauf habe er, Zeuge, mehrere Schüsse und Salven gehört. Er und seine Kameraden hätten sich gesagt: Jetzt sind wohl die Gefangenen erschossen worden.

General Stenger protestiert sehr energisch gegen diese Aussage, die er als vollkommen unwarhaft bezeichnet. — Es wird dann festgestellt, daß der Zeuge Kleinhaus wegen Fahnenflucht in contumaciam verurteilt worden sei. Der Präsident weist dabei darauf hin, daß in allen Ländern Ueberläufer, die ihren Fahnenwidrig gebrochen haben, nicht als besonders glaubwürdig angesehen werden. — Generalmajor Neubauer bezeichnet die Aussage des Kleinhaus als eine Lüge.

Eisenbahnarbeiter Josef Richter aus Mülhausen i. E. ist am 20. August 1914 in französische Gefangenschaft geraten. Am Nach-

mittage dieses Tages habe es plötzlich geheißen, Gefangene dürften nicht mehr gemacht, verwundete Gefangene sollten erschossen werden.

12 bis 15 Gefangene seien alsbald erschossen worden. Ob sie verwundet waren, wisse er nicht. Der Befehl zur Erschießung, die gegen 2 Uhr nachmittags vorgenommen wurde, sei von einem Unteroffizier einer anderen Kompagnie überbracht worden. Näheres über die Erschießung kann der Zeuge nicht angeben. Er habe sich abgewandt, da er das Erschießen nicht mit ansehen konnte.

Was der Druckfehlerentwurf nicht weiß. In unserer Notiz „Die Schlichtungsordnung“ in der gestrigen Abendausgabe ist mehrfach die Rede vom „sozialistischen“ Ausschuss des Reichswirtschaftsrates. Damit ist natürlich der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates gemeint, denn zu einem sozialistischen Ausschuss hat es dieser Reichswirtschaftsrat noch nicht gebracht. Aber das scheint der Druckfehlerentwurf nicht zu wissen.

Die Dragesch in Baden. Die sozialdemokratische Fraktion des Badischen Landtages ersucht in einer Anfrage die Regierung um Auskunft über Waffenspende in der Bodensee- Gegend, über die Personen und Organisationen, welche an der Verheimlichung dieser Waffenspenden teilgenommen haben und über die Maßnahmen zur Verfolgung der Straftaten, die sich hierbei ergeben. Die Interpellation ist veranlaßt durch die Tatsache, daß die Behörden in verschiedenen Städten auf Besitzungen gestochen sind, die Dragesch in Baden einzubringen.

Drei Monate Gefängnis für einen kommunistischen Redakteur. Der kommunistische Redakteur Richard Janus aus Berlin wurde vom Schurgericht Stuttgart wegen Aufforderung zur Bewaffnung des Proletariats zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Belgien ratifiziert das Washingtoner Abkommen nicht. Die belgische Regierung wird die Washingtoner Bestimmungen bezüglich der Einführung des achtstündigen Arbeitstages nicht genehmigen.

Groß-Berlin

Um die Gültigkeit der Berliner Stadtverordnetenwahlen

Vor dem Oberverwaltungsgericht wurde vom Genossen Rosenfeld als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung darauf hingewiesen, daß in der Bevölkerung Berlins das Gerücht kursiere, daß eine enge Verbindung der Partei der Kläger mit dem Gericht bestehe. Nur so sei es der Bevölkerung verständlich, daß von gewisser Seite die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung als feststehende Tatsache betrachtet werde. Dieses Gerücht erhält seine Nahrung durch die ziemlich bestimmten Meldungen, die neue Blätter verbreiten, daß das Gericht schon über die Ungültigkeit entschieden habe. Man weiß sogar schon, daß die schriftliche Begründung dieses Urteils Mitte Juli erfolgen wird. Nachträglich scheinen gewissen Kreisen Justizbedenken zu kommen, so leichtfertigen den Gerüchten neue Nahrung zu geben, und man bezieht sich, mitzutheilen, daß es sich um Vermutungen handelt.

Wir haben schon früher betont, daß wir die Klage gegen die Gültigkeit der Wahlen auch nur als einen Teil der systematischen Sabotage an der Einheitsgemeinde Groß-Berlin betrachten. Die Tätigkeit der sozialistischen Mehrzahl soll unter allen Umständen verhindert werden.

Eine enge Auflösung der Stadtverordnetenversammlung bringt naturgemäß eine erhebliche Störung der aufbauenden Arbeit mit sich. Die bürgerlichen Parteien allein trifft die Schuld, wenn eine Unruhe und Unterbrechung der kommunalen Arbeiten eintritt. Kommt es zur Neuwahl, so ist kein Zweifel, daß diese Parteien durch die Berliner Bevölkerung eine entsprechende Antwort erhalten werden. Die sozialistische Mehrzahl in der Stadtverordnetenversammlung wird sicher noch größer wie bisher werden, und damit der zukünftigen Arbeit in der Kommune eine bessere Grundlage geben. Aus diesem Grunde hat unsere Partei keinen Grund, Neuwahlen zu fürchten, sondern diese willkommen zu heißen.

Der städtische Beirat für Kriegsbeschädigte

Im Berliner Rathaus trat Montag der neue Beirat der Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene unter dem Vorsitz des Stadtrats Stoll zu seiner begründenden Sitzung zusammen. Der Beirat setzt sich aus Vertretern aller beteiligten Verbände der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie einer Reihe sozial erfahrener Persönlichkeiten zusammen. Entgegen dem Vorschlag der Verbände, die eine Abteilung für Kriegsbeschädigte und eine Abteilung für Kriegshinterbliebene zu bilden beantragten, erklärte sich der Beirat als einheitliche Körperschaft für beide Gruppen. In der weiteren Aussprache und bei der Wahl des Bewilligungs- und Beschwerdeausschusses kam es zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Zusammenfassung dieses Ausschusses. Von einer Seite wurde die Bildung des BB-Ausschusses nach dem gleichen Verhältnis, wie sich der gesamte Beirat zusammensetzt, beantragt, während die Verbände eine Zusammenlegung beantragten, die den sozial erfahrenen Personen nur 2 Sitze gegenüber 10 Sitzen der Organisationen zubilligt. Dementsprechend wurde beschloffen, zur endgültigen Festlegung der Geschäftsordnung für den Beirat wurde ein Ausschuss von 13 Mitgliedern eingesetzt.

Das städtische Statistische Amt

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung die Geschäftsanweisung für das Statistische Amt der Stadtgemeinde Berlin gegeben. Die gesamten für die neue Stadtgemeinde erforderlichen statistischen Arbeiten werden danach dem „Statistischen Amt der Stadtgemeinde Berlin“ übertragen.

Die Aufgaben des Statistischen Amtes umfassen: Herstellung der statistischen Grundlagen für die Durchführung der der Stadtgemeinde obliegenden Aufgaben sozialer, hygienischer, gewerblicher und allgemein-wirtschaftlicher Art, Herbeischaffung von Unterlagen auf den verschiedenen Gebieten, der städtischen Verwaltung; Durchführung der vom Reich und Staat angeordneten Erhebungen im Interesse der Stadtgemeinde Berlin; ferner die wissenschaftliche Bearbeitung des Stoffes und Veröffentlichung der Ergebnisse, besonders im Gebiete der Bevölkerungsorgänge, der Verhältnisse des Arbeitsmarktes, der allgemeinen Versorgung der Bevölkerung, der Preisbewegung, der Verkehrsverhältnisse, des Wohnungswesens, der sozialen Fürsorge; ferner die Mitwirkung bei allen von den einzelnen Verwaltungsstellen vorgehenden statistischen Feststellungen, schließlich die Herausgabe eines statistischen Jahrbuchs oder unter Zusammenfassung mehrerer Jahre eines statistischen Handbuchs der Stadtgemeinde Berlin; ferner Wachen und Betriebsberichte, eingehende jährliche Veröffentlichungen über die Bevölkerungsorgänge. Durch die Zeitverhältnisse gebotene besondere periodische und einmalige Veröffentlichungen.

Die Leitung des „Statistischen Amtes“ ist dem hierfür zu ernennenden Direktor übertragen, der aus beamteten Vertretern der Verwaltungsbezirke der Stadtgemeinde besteht, und in dem der Direktor des Statistischen Amtes den Vorsitz führt.

Raubüberfall auf Bahnhof Neu-Weißensee

Heute vormittag nach 9 1/2 Uhr drangen drei Männer in das Bahnhofsgebäude auf der Station Neu-Weißensee ein und drohten den dort anwesenden Eisenbahnbetriebsinspektoren Walter Dittmann mit ihren Revolvern. Er räumte ihnen die Eisenbahngeldkassette mit 117 92 Mark und eine Aktentasche. Dann bestiegen sie ein vor dem Bahnhof haltendes Droschkentaxi, in welchem sie eingetroffen waren und fuhren in der Richtung Berlin davon. Die Nummer der Droschke ist aber festgestellt.

Sozialisierung der Kinoindustrie einstweilen nicht besonders erstrebenswert.

Was aber bleibt zu tun, um den Einfluß nur Kapitals, aber nicht Geschmack- und Verständnis-Besitzer auszuhalten? Etwas sehr einfaches: Die Kommunalisierung (nicht der Filmfabriken, sondern) der Kinos. Und darüber hinaus: der Zusammenschluß der städtischen Kinos zu Konsumgenossenschaften.

Daß sich das ohne weiteres durchführen läßt, beweisen die praktischen Beispiele von Prag und Christiania. Daß die Städte ein glänzendes Geschäft dabei machen würden, beweist die Bilanz der städtischen Kinos in Christiania, die im zweiten Halbjahr 1910 einen Gewinn von 900 000 Kronen einbrachten, das sind etwa zehn Millionen Mark. Außerdem aber würden diese städtischen Kinos sehr schnell einen maßgebenden Einfluß auf die Filmfabrikation gewinnen. Die Filmfabriken wären gezwungen, sich nach den Wünschen der städtischen Kinos zu richten. Und die Stadtverwaltungen ihrerseits hätten es in der Hand, durch richtig und gut zusammengestellte Kommissionen dafür zu sorgen, daß die Programme ihrer Kinos nur einwandfreie, gute Filme aufweisen. Diese für die Programme der städtischen Kinos verantwortlichen Kommissionen würden dann den maßgebenden Einfluß auf die künstlerische und geistige Entwicklung des Kinos ausüben. Ihre Zusammenfassung wäre äußerst wichtig. Es müßten ihr Arbeiter, Jugendliche, wirksame Erzieher, Künstler, Regisseure — vor allem Kluge, freie und andächtige Menschen angehören. Dann würde sich das Kino bald zu dem entwickeln, was es sein sollte, und was Schiller aus dem Theater machen wollte: zu einer moralischen Anstalt, die ihr Teil beiträgt zur Vervollständigung, zur Besserung der Welt.

Kommunalisierung der Kinos, das muß also das nächste Ziel all derer sein, die sich für das Kino interessieren und ihm helfen wollen. Es muß die Forderung aller Arbeiter, aller Sozialisten und vor allem aller sozialistischen Stadtverwaltungen sein.

Wahrendem noch zweifelt: Kinokritik in der Tagespresse (soweit der Raum langt) und die Kritik des Publikums selbst. Jeder Einzelne sollte sich beim Besuch des Kinos immer wieder klar darüber werden, was an dem Film, den er gerade sieht, gut, was schlecht an ihm ist. Man sollte nicht immer stumm und gebühlig alle schlechten Filme über sich ergehen lassen, sondern deutlich und energisch protestieren, wenn lächerliche Gedanken und verlogene Gefühle auf geschmacklose Art im Film serviert werden. Jeder Arbeiter sollte vor allem dann protestieren, wenn, wie das ja oft geschieht, im Film die Arbeiterklasse, die Revolution und die sozialistischen Ideen falsch und schlecht dargestellt oder gar verhöhrt werden. Auch das wird seinen Eindruck auf die regierenden Film-Herrschaften auf die Dauer nicht verschleppen.

Womit verdient man am meisten? Diese Frage, die sich heute

sicherlich viele vorlegen, läßt sich kurz dahin behandeln, daß der am meisten verdient, der anderen Verdiensten und Unterhaltungen verachtet. Jodels, Preisboxer, Kinofchauspieler werden am höchsten bezahlt, und dann überhaupt alle Leute, die einträgliche oder sonstige Fähigkeiten besitzen. R. Günther, der in „Ueber Land und Meer“ von den höchsten Einnahmen plaudert, erinnert zunächst an die Kriehonorate, die bei dem Kampf um die Weltmeisterschaft im Boxen am 2. Juli 1921 gezahlt werden sollen. Die beiden Hauptkämpfer erhalten zusammen ein Honorar von einer halben Million Dollar, und zwar bekommt der Amerikaner Dempsey 300 000 Dollar, der französische Weltchampion Carpentier 200 000 Dollar, gleichgültig wie der Kampf ausgeht. Hohe Einnahmen haben auch von altersher die erfolgreichen Jodels gehabt. Beim Derby von 1868 verdiente der siegreiche Jodel John Wells in drei Minuten 120 000 Goldmark. Vor dem Kriege wurde die Wage von Bassermann jährlich mit 70 000 Mark, die von Wolff mit 100 000 Mark angegeben. Diese Summen aber werden durch das, was heutzutage Kinofchauspieler verdienen, weit in den Schatten gestellt. So schloß Mitte 1919 eine amerikanische Kinofirma mit dem Filmkünstler Fatty einen Vertrag, durch den er ein Honorar von 3 Millionen Dollar zugesichert erhielt, wenn er dafür innerhalb von drei Jahren in 22 Zweifaktoren und 2 Fünfsaktoren auftreten werde. Mehrere Millionenere beziehen andere berühmte Sterne der amerikanischen Filmwelt. Ganz soviel kann Deutschland nicht zahlen; aber auch hier verdienen die Kinofilmkünstler sehr anständig. Den deutschen Rekord stellte wohl Emil Jannings auf, der für jeden Tag der Mitwirkung an einem Film 10 000 Mark erhielt. Das war im Jahre 1918. Damals betrug das Honorar, das Henny Porten für jeden Film erhielt, 44 000 Mark. Da ihr 10 Filme im Jahre garantiert waren, machte das jährlich 440 000 Mark aus. Da aber die Herstellung dieser Filme nur 150 Tage in Anspruch nahm, so konnte sie noch öfter auftreten, und ihr Jahreskommen wurde auf 600 000 Mark geschätzt. Seitdem hat man freilich verurteilt die „Prominenten“ der Filmkunst in ihren Verdiensten etwas einzuschranken. — Die Partibären Stimme man mit Recht als eine Goldmühle bezeichnet hat, soll sich ein Vermögen von 20 Millionen Goldmark erworben haben. Auf einer amerikanischen Gastspielreise brachte ihr mündes Konzert, in dem sie kaum eine Stunde sang, mehr als 30 000 Goldmark ein; einmal wurden ihr zwei Lieder mit 20 000 Goldmark honoriert. Mehrere Honorare haben ja auch andere Sängerssterne, z. B. Caruso erzielt. Babrowski soll mit seinem Klavierspiel mehr als 10 Millionen Goldmark eingenommen haben. Verdienste dieser Art verdienen nicht so hohe Summen, jedoch kommen auch hier Honorare von mehreren Zehntausend, selbst Hunderttausend Goldmark für eine einzige Operation vor. Mehrere Honorare haben erfolgreiche Rechtsanwältinnen erhalten. Von einem englischen Rechtsanwalt Lord Russell of Kilgobry wird berichtet, er habe in einer einzigen Woche dreimal durch Abfassung eines einzigen Briefes je 1000 Guineen gleich 21 000 Goldmark verdient. (Und wie lange muß ein Arbeiter schuften, bis er das verdient? Und was bekam Beethoven für seine Symphonien, van Gogh für seine Bilder und Karl Marx für seine gigantische Geistesarbeit?)

Parteiveranstaltungen

Der Geschäftsführende Ausschuss der Freieigenen ist am 30. Juni im Saal des Genossen Albrecht, Walter, Mendelsohn, Kroppler und als Vorsitzenden 1. und 2. Vorsitzende, Berlin NW 5, Wirtenstr. 2. Alle Besprechungen sind an den Vorsitzenden zu richten.

Donnerstag, 30. Juni

1. Bezirk (früher 17). 2. und frühere 3. Abteilung. Abends 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission in der Schule Büttcher Straße (Oberklasse).

Freitag, 1. Juli

1. Bezirk, 4. 5., 6. Bezirk. Versammlung der gesamten Elternbeiräte bei Schulz, Oberbismarckstr. 10.
2. Bezirk, 1. Bezirk. Abends 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission in der Schule Büttcher Straße der 1. bis 7. Gruppe bei Nagel, Köpenicker Straße, Ecke Strahlburger Straße.

Sonntag, 2. Juli

1. Bezirk, 4. 5., 6. Bezirk. Versammlung der Erziehungsgemeinschaft sozialistischer Elternbeiräte sämtlicher Schulen bei Schulz, Wirtenstr. 17. 7 Uhr. 2. Bezirk, 1. Bezirk. Abends 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission in der Schule Büttcher Straße der 1. bis 7. Gruppe bei Nagel, Köpenicker Straße, Ecke Strahlburger Straße.
19. Bezirk, Kreuzberg. Kinderspiele von 4-6 Uhr nachm. Tempelhofer Feld bei der Kindertagesstätte, Ecke Reichenstraße.
20. Bezirk, Prenzlauer Berg. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung im Sitzungssaal des Rathauses Reinickendorf.

Sonntag, 3. Juli

11. Bezirk (früher 9.). Kommunale Kommission. Sonntag, den 3. Juli. Versammlung der Anhalt „Vindobona“. Treffpunkt 9 Uhr, Landberger Platz. 6 Uhr willkommen.

Bereinskalender

Donnerstag, 30. Juni

Verein Kollhoffstraße. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Genossen Schönmann über „Kollhoffstraße“ und Genossen Fiebert über „Kollhoffstraße“ in der Oberrealschule, Kollhoffstraße 12.

Freitag, 1. Juli

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Funktionärerversammlung in Harnischstraße, Ecke Reichenstraße. 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in den Freizeithallen „Alt-Berlin“, Blumenstr. 10.

Sonntag, 3. Juli

Arbeiter-Elternbund, Gruppe Weihenau. Ausflug für gut marschierende Kinder nach dem Wannsee und Kollhoffstraße. Auch die Genossen und Genossinnen sind willkommen. Abends 7 Uhr vom Kollhoffplatz, zu Fuß nach Bahnhof Potsdam-Heinersdorf. Fahrt bis Bernau.
Freie Arbeiterkassen. Jubiläum und Geschäftsführung Rathaus, Zimmer 63, abends 7 1/2 Uhr.

Montag, 4. Juli

A. J. B. Ortsgruppe Neudamm. 7 Uhr Abendeversammlung bei Schulz, Wirtenstr. 17. Tagesordnung: Selbstschulungsteil - 8 1/2 wieder Krieg.

Verantwortlich für Politik u. Justiz: Leo Dieckhoff, Berlin-Friedrichsberg; für Kommunalpolitik, Polizei und Gemeindefragen: Robert Dörmel, Berlin; für den Agrarbereich u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kommer, Berlin; für den Parteibereich u. Parteipolitik: Dr. G. m. b. H., Berlin; für die Parteipolitik: Dr. G. m. b. H., Berlin; für die Parteipolitik: Dr. G. m. b. H., Berlin; für die Parteipolitik: Dr. G. m. b. H., Berlin.

Gewerkschaftliches

**Zum Ueberstundenstand
Wo bleibt die Gewerbeinspektion?**

Zu dem krassem Fall, den wir über das Ueberstundenwesen bei der Firma Auerbach u. Co., Lützen Ufer 12, berichteten, teilt uns noch der Metallarbeiterverband folgendes mit: Die im Betriebe verantwortlichen Gewerkschaftler, sowie ein Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, verhielten sich mit allen Mitteln diesen Uebelständen zu steuern. Ein Vertreter unserer Organisation verhandelte mit der Gewerbeinspektion am Mariannenplatz. Dort wurde ihm die Zustimmung gegeben, daß dem Ueberstundenwesen bei der Firma Auerbach u. Co. gesteuert werden soll. Anscheinend ist damit die Angelegenheit für die Gewerbeinspektion erledigt gewesen. Wir möchten deren vorgesehene Behörde allen Ernstes erfragen, welche den sozialpolitischen Erfordernissen ins Gesicht schlagenden Anordnungen der Firma illusorisch zu machen.

Forderungen der Eisenbahner

In einer am 28. Juni stattgefundenen Versammlung von Zahlreichen-Obleuten und Kassierern der Ortsgruppe Groß-Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, wurde eine Resolution angenommen, in der erneut der Hauptvorstand des D. E. V. aufgefordert wird, sofort für eine Verbesserung der Bezüge aller Eisenbahnbediensteten bei den maßgebenden Stellen Schritte unternehmen zu wollen, um diese gerechte Forderung durchzusetzen. Weiter heißt es:

Wir verweisen auf die Erhöhung der Mieten, der Kohle, des Gases und nicht zuletzt auf die durch das Umlageverfahren und die Milliardenelastizität an die Agrarier erfolgende enorme Verteuerung des Brotes und aller wichtigen Lebensmittel. Immer mehr wächst der glänzende Wohlstand einer kleinen Gruppe, während gerade neben anderen Kategorien die Eisenbahner immer mehr der Verelendung entgegengehen. Deshalb fordern wir vom Hauptvorstand schnelles und energisches Eingreifen, um unserer dringenden Not abzuhelfen.

Desgleichen fordern die Verammelten, daß der Hauptvorstand seinen ganzen Einfluß auf den A. D. G. V. ausübt, um letzteren zu veranlassen, seinen ganzen Einfluß für Preisabbau, Erhaltung der Kriegsgewinne und Fortwärtbewegung in der Frage der Sozialisierung auszuüben. Die Anwesenden geloben mit ihrem Können und ihrer Kraft hinter der Organisation zu stehen, ihre Aktionskraft zu stärken, damit die aufgestellten Forderungen zur Wirklichkeit werden.

Hungerlöhne

Wir erhalten Kenntnis von einem Unternehmen, das horrenden Hungerlöhne bezahlt. Es handelt sich um den Adressen-Verlag Thesmer u. Co., G. m. b. H., Berlin, Wilhelmstr. 165. Für 1000 im Afford ausgegebene Adressen werden 12 M. bezahlt! Bei angestrengter achtstündiger Arbeitszeit kann, wie uns versichert wird, nur ein Pensum von 350-400 Adressen bewältigt werden, so daß ein Tagesverdienst von etwas über 5 Mark herauskommt. Bei Arbeit im Stundenlohn werden 1,25 bis 1,35 M. bezahlt.

Das sind schon keine Hungerlöhne mehr, auch keine „hunds-mäßigen“ mehr, wie uns mitgeteilt wird, sondern elende Bettelpennige, von denen kein Mensch leben kann. Es muß Aufgabe der Organisation vor allem sein, sich diesen Betrieb näher anzusehen und auf Verbesserungen zu dringen.

Die Berliner Schuldeputierten. Nachdem die Deputation zunächst die Wahl von Frau Dr. Siemsen als Deputierte für die höheren Schulen Berlins in Aussicht genommen hatte, wurden von allen Seiten Proteste gegen ihre Wahl laut. Namentlich die Direktorenversammlung nahm entschieden gegen sie Stellung. In Würdigung der Schwierigkeiten, denen ihre Person begegnen würde, hat sich gestern die Deputation dahin entschieden, sie an die Spitze des Berliner Fach- und Fortbildungsschulwesens zu stellen, in dem sie schon in Düsseldorf tätig war. Die Deputation wählte daraufhin Dr. Helme zum Deputierten für die höheren Schulen. Für die Gemeindeschulen wurde Schulinspektor Kndahl-Knecht bestimmt. Alle diese Wahlen bedeuten einstweilen nur Vorschläge für den Magistrat, der noch die endgültige Wahl vornehmen muß.

Ein Mord in der Grünthaler Gemarkung, dem am 21. August u. J. ein Mädchen aus Weihenau zum Opfer fiel, beschäftigt jetzt erneut die Berliner Kriminalpolizei. Damals erhielt auf dem Wege nach Weihenau-Tüchen die 38 Jahre alte Privatsekretärin Marta Severin von einem Begleitwagen zunächst einen Schlag in den rechten Arm, den sie zu ihrem Schutze gegen einen Angriff emporhob. Der Verbrecher schlug sie dann, wahrscheinlich mit einem Stein, durch einen Hieb auf die linke Halsseite nieder, schleppte sie etwa 20 Meter abwärts vom Wege hinter eine Anhöhe und beraubte sie. Die Ueberfallene wurde als Leiche aufgefunden. Des Mordes verdächtig ist ein Mann, der eine halbe Stunde vor der Tat auf demselben Wege einer Frau begegnete. Er ist etwa 26-28 Jahre alt, unterlegt und kräftig gebaut, hat ein volles stielhohes Gesicht und trägt, als er der Frau begegnete, nur Weste, Hose und Stiefel, keinen Rock und keine Kopfbedeckung. Er ging mit beiden Händen in der Hosentasche die Straße entlang.

Am 1. Juli wird der neue Personentarif für die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn in Kraft treten. Dieser Tarif bringt die Erhöhung der Einzel- und Zeitkarten im gesamten Bereich der Berliner Stadt- und Vorortbahnen gleichzeitig mit der Erhöhung der Mindestfahrpreise im Stadt- und Ringbahnverkehr auf 70 Pf. in der 3. Klasse und 1.-M. in der 2. Klasse. Wochenkarten 3. Klasse des Vorortverkehrs gelten in Zukunft nicht mehr zur Benutzung der 4. Klasse der Fernzüge.

Zuschlag für postlagernde Sendungen. Es wird häufig nicht beachtet, daß für postlagernde Sendungen neben der Freigebühr ein Zuschlag von 10 Pf. erhoben wird. Dieser Zuschlag ist bei allen Sendungen zu entrichten, die den Vermerk „postlagernd“ tragen, also nicht nur bei gewöhnlichen Briefsendungen, sondern auch bei Einschreibsendungen, Postanweisungen, Paketen usw., und zwar zusammen mit der Freigebühr. Unterlassungen führen zu Weiterungen im Postbetrieb und zu Unannehmlichkeiten für den Empfänger.

Die nächsten künftigen Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters, unter Leitung von Richard Hagel, finden am Donnerstag, den 30. Juli, Freitag, den 1. Juli, Montag, den 4. Juli, Dienstag, den 5. Juli, Donnerstag, den 7. Juli, Montag, den 8. August, Dienstag, den 9. August 1921 in der Philharmonie, Bernburger Str. 22-23, statt. Beginn der Konzerte 8 Uhr. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt bei A. Wertheim, Leipziger Straße, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel- ufer 15 im Zigarrengeschäft von Horch und den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1,50 M. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Neue Ausweise für Revisionsbeamte. Am 1. Juli d. J. kommen neue Ausweise für die Revisionsbeamten des Kohlenamts Berlin in grauer Farbe mit schwarzer Umrandung auf der Außenseite, zur Ausgabe. Die neuen Ausweise sind gültig bis Ende Dezember 1921. Die Gültigkeit der alten (roten) Ausweise erlischt mit dem 30. Juni d. J.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch überwiegend bewölkt, bei mäßigen nordwestlichen Winden. Keine erhebliche Niederschläge.

Herrn-Stiefel

- Braun Rindbox
randgenäht, elegante Ausführung, gutes Fabrikat .. **195⁰⁰**
- Schwarz Boxcalf
Goodyear Welt, aus bestem Material, auch doppelsehlig. **198⁵⁰**
- Schwarz Rindbox
randgenäht, breite moderne Form, vorzügliche Qualität. **159⁵⁰**



Der Schuhhof
Inh.: Theodor David
Berlin W.9, Linkstr. 11
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung

Für Wiederverkäufer Extra-Abteilung. Zwangniederlassung: Spandau, Breite Strasse 22, 1.

Aquisitoren sucht Bauer,
Friedrichstr. 106c IV
Foto-Apparate
u. Zubehörort. 101 L. Foto-Industrie Berlin, Friedrichstr. 14
Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit“
Breite Straße 8-9.

Der Mieterschutz
Preis 4 Mark
Beste gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes und der Höchstmietenerordnung / Von Dr. Paul Herz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim / Mit Nachtrag:
Die Änderungen des Mieterschutzes
Bestellen Sie sofort bei der Buchhandlung Freiheit / Berlin C 2

Stoffe
für Herren-Anzüge, Hüter, Valetts, Damen-Kostüme, Meter 100.-, 150.-, 200.- Mark.
Für langjährige Verbindungen mit althergebrachten Modellen bürge ich preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Seegr. 133, Gertraudenstr. 20-21 Seegr. 1893.

BOTENFRAUEN
stellt ein
Sped. Jordan, Dresdener Str. 24
Charlottenburg, Wallstraße 90,
Hof, Stf. part., geöffn. von 9-11, 2 5 U. u.

Alles in den Schatten stellend
Leihhaus Brunnenstraße 5
sind unsere jetzigen Preise!
Inmaliges Angebot! Nur 8 Tage!
Herrn-Anzüge, teils a. Seide,
Wert bis 800 M., in 2 300 350, 450 M.
Fern. Krausfischon, Seemannstr. 50, herabgesetzt. Keine Lombardw.

Kleine Anzeigen
Annahme in allen Spalten des Verlags
Das Ueberzahlwort 2.- Mk., jedes weitere Wort im Tag 1.50 Mk., wenn Gebührgesucht; Ueberzahlwort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Tag 1.- Mk.
Verkäufe
Leihhaus Friedrichstr. 2 (hellerer Teil) verkauft postbillig Herrenanzüge. Keine Lombardware.
Schreibmaschinen, Eckschreib-, sämtliche Systeme, neu und gebraucht, kaufen Sie sofort bei Hans Pätz, Spittelmarkt 7, Zentrum 3223.
Reparaturen an Schreibmaschinen, Radikalfeder, Schreibmaschinen (sind) und preiswert bei Hans Pätz, Spittelmarkt 7, Zentrum 3223.
Neuer Ring verschleiß, 800.-, Bauer, Friedrichstraße 106c IV.
Drillhanzige, kleine Mantelkoffer, 15 Mk., verschiedenes verkauft billig Weiß, Wagnersstr. 12/13.
Walter, Runkelstr. Wandstreich mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8/9.
Möbel
Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lackiert, teils von 300 Mk. ab. Kleinen, auswahl, Küchenmöbelfabrik Himmel, Köpenicker Straße 22 (Schönhagenstr. Teil).
Chaiselongues 100.-, Chaiselongues 75.-, Metallbetten 100.-, Rinderstühle, Weiden, Kuschel, 35, Cough.
Weiß, Badmöbel 34. Moderner Küch., 12 Eckküche, herrliche Vergütung 405 Mark. Schlafzimmers Tisch, weiß und Buchbaum teils 2550 Mark. Stuhl und Stuhl, 14 Teile 2230 Mark. Cedre Bettensystem, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Ganznummer achten.
Umboisflos 925 bis 1025.-, Chaiselongues 200.- bis 575.-, Kalligmaranen, Vatersmaranen 110.-, Walter, Götterger Straße achtzig.
Fahrräder
Reparaturräder, Motorräder, Wandereräder, Schwergeländeb., Crosseräder, Weiden, Simonsräder, 700.-, gefahrten (postbillig), Schläm, Weidenstr. 17.
Reparaturen, Motorräder, Reparatur aller Art, Schläm, Weidenstr. 17.
Fahrradpumpe! Postbillig, Schläm, Weidenstr. 17.
Kaufgefuche
Henis, Weiden, Motorerikel kauft Köpfer, Cifabest-Str. 17.
Zu kaufen gesucht: Kollhoff, „Das Finanzkapital“, Broschüre oder gebunden. Angebote an die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8/9.
Werkzeuge und Maschinen
Cylinderrühr, Dreibein-Wehrer ujm. kauft Straussberger Straße 44.
Geld-Verkehr
Neu! Abzahlweise (sind) durch Kasper, Rathenower Straße 44.
Tiermarkt
Gandalfutterverkauf, Cöpen, Kupfers. Gellhofstr. 24.